

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Der Finanzplan des Bundes 1977 bis 1981

1. Gesamt- und finanzwirtschaftliche Ausgangslage

- 1.1 Während der 1976 erfreulich starke wirtschaftliche Wachstumsprozeß der Bundesrepublik Deutschland einen größeren Anstieg des Bruttosozialprodukts brachte als erwartet, blieb der Fortgang der konjunkturellen Erholung im Verlauf des Jahres 1977 hinter den Erwartungen zurück. Wesentliche Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, daß die wirtschaftlichen Aktivitäten in wichtigen Bereichen im 2. Quartal 1977 kaum noch zugenommen haben.

Die konjunkturellen Schwierigkeiten halten — verbunden mit einem tiefgreifenden Strukturwandel — weltweit noch an. Trotz einer Verbesserung der Investitionsneigung muß noch immer eine gewisse Investitionsschwäche festgestellt werden mit der Folge, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit ins Stocken geraten ist. Zur Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1981 vgl. Anhang.

- 1.2 Zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind im Jahresverlauf schon eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, vor allem durch das 16-Mrd.-DM-Programm für Zukunftsinvestitionen. Nunmehr erscheinen darüber hinaus weitere Maßnahmen geboten, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben und damit insbesondere der Arbeitslosigkeit verstärkt entgegenzuwirken. Der von der Bundesregierung für notwendig gehaltene gesamtwirtschaftliche Impuls wird auf doppeltem Wege erreicht:

Steuererleichterungen (von 1978: 7 Mrd. DM ansteigend auf 10¹/₂ Mrd. DM in 1981) sollen die Massenkaufkraft ohne zusätzliche Kostenbelastungen für die Wirtschaft stärken und die private Investitionsfähigkeit kräftigen. Expansive Staatsausgaben — insbesondere im Bereich der Investitionen — erhöhen direkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, und zwar primär für 1978. Mittelfristig wird der generelle finanzpolitische Kurs, den die Bundesregierung seit 1975 steuert, weiterverfolgt; das Tempo der nach wie vor notwendigen Haushaltskonsolidierung wird jedoch an die jüngsten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen angepaßt.

- 1.3 Zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hat die Bundesregierung am 14. September 1977 im einzelnen beschlossen:

1. Expansive Ausrichtung des Bundeshaushalts 1978 mit einer erheblichen Steigerung vor allem der Investitionsausgaben

2. Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer zur Stärkung der Kaufkraft durch
 - a) Anhebung des Weihnachtsfreibetrages ab 1977 von bisher 100 DM auf 400 DM
 - b) Aufstockung des Grundfreibetrages ab 1978 von 3 000 DM auf 3 510 DM für Ledige und von 6 000 DM auf 7 020 DM für Verheiratete
 3. Anhebung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgüter auf das 2^{1/2}-fache der linearen Abschreibung sowie die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den frei finanzierten Mietwohnungsbau zur Förderung der privaten Investitionen
 4. Verdoppelung der Investitionszulage von bisher 7,5 v. H. auf 15 v. H. zur Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen
 5. ein von Bund und Ländern gemeinsam zu finanzierendes mehrjähriges Energieeinsparungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 4,35 Mrd. DM zur Förderung privater Investitionen für die Verringerung des Heizenergieverbrauchs
 6. Weiterführung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Finanzhilfen des Bundes ab 1978 in Höhe von jährlich 1,54 Mrd. DM zur Verstetigung der Bautätigkeit
 7. zusätzliche Investitionen der Deutschen Bundespost 1978 (Aufstockung um 670 Millionen DM auf 6,8 Mrd. DM)
 8. Aufstockung des ERP-Existenzgründungsprogramms um 270 Millionen DM auf 500 Millionen DM; dabei wird erwartet, daß die Lastenausgleichsbank ihr Ergänzungsprogramm um 100 Millionen DM erhöht.
 9. Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherung durch Leistungen aus dem Bundeshaushalt
 10. Fortsetzung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für Problemgruppen des Arbeitsmarktes (Programm der Bundesregierung vom 25. Mai 1977).
- 1.4 Die Bundesregierung erwartet, daß auch die Länder und Gemeinden der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung aller Gebietskörperschaften Rechnung tragen und ihre Haushalte 1978 ebenfalls expansiv ausrichten, so daß sich für den öffentlichen Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt eine Ausgabensteigerung von etwa 9^{1/2} v. H. in 1978 ergibt. Auf der Grundlage der geltenden Umsatzsteuerverteilung sind die Länder und Gemeinden dazu auch in der Lage, und zwar mit einer erheblich geringeren Kreditfinanzierung als der Bund. Dabei sollten auch die Dauerbelastungen nach Möglichkeit meiden, um das mittelfristige Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden.
- Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird durch steuerliche Erleichterungen und verstärkte Ausgaben gegenüber einer Größenordnung von 35 Mrd. DM in 1977 auf knapp 50 Mrd. DM in 1978 ansteigen. Dies ist auch nach Ansicht der Deutschen Bundesbank gesamtwirtschaftlich notwendig und von der Lage der Kreditmärkte her problemfrei zu finanzieren.
- 1.5 Der Entwurf des Bundeshaushalts 1978 und der Finanzplan 1977 bis 1981 tragen der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung Rechnung.

1.5.1 Bei einem **Ausgabevolumen** von

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
171,3	188,6	200	212	225

wachsen die Ausgaben 1978 entsprechend der wachstums- und beschäftigungspolitisch erforderlichen expansiven Ausrichtung des Haushalts um 10,1 v. H. In

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) und zugleich gemäß § 50 Abs. 5 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273) zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 30. September 1977 — 14 (45) — 501 00 — Fi 21/77.

den Jahren 1979 bis 1981 wird die Steigerungsrate mit dem mittelfristig verfolgten Ziel der Haushaltskonsolidierung auf jeweils 6 v. H. zurückgeführt und bleibt damit deutlich unter der erwarteten Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts zurück; Ausgaben in dieser Höhe ermöglichen eine ausreichende Aufgabenerfüllung.

Die **Struktur** der Bundesausgaben wird im Finanzplan 1977 bis 1981 deutlich zugunsten der investiven Ausgaben verbessert. Sie steigen gegenüber dem bisherigen Finanzplan jährlich um über 5 Mrd. DM. Den Grundstock für diese Ausweitung hat die Bundesregierung am 23. März 1977 mit dem Beschluß über ein mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge (Programm für Zukunftsinvestitionen) gelegt. Hinzu kommen höhere Investitionen insbesondere im Bereich der Energieeinsparung, des Verkehrs und der Entwicklungshilfe.

- 1.5.2 Das **Programm für Zukunftsinvestitionen** hat ein Volumen von 16 Mrd. DM. Davon erbringt der Bund 8,2 Mrd. DM, an der Restfinanzierung beteiligen sich die Länder (3,45 Mrd. DM), Gemeinden (2,15 Mrd. DM) und sonstige Träger (2,20 Mrd. DM). Es verfolgt das Ziel, durch eine verbesserte Infrastruktur und durch günstigere Umweltbedingungen auf längere Sicht Wirtschaftswachstum zu sichern, den wirtschaftlichen Strukturwandel zu erleichtern und zugleich einen Beitrag zur Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes zu leisten. Dem Ziel und dem finanziellen Rahmen des Programms entsprechend konzentrieren sich die Maßnahmen auf die folgenden Bereiche:

Programm für Zukunftsinvestitionen

Programmbereiche	Ressort	Bund	Länder	Gemein- den	Öffentl. Hand insgesamt ¹⁾
		— in Millionen DM —			
A. Verbesserungen im Verkehrssystem (Verkehrssicherheit, -infrastruktur, Nachrichtentechnik)					
— Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge	BMV	640	15	16	671
— Beseitigung von Unfallschwerpunkten im Bundesfernstraßennetz	BMV	492	—	—	492
— Bau von Ortsumgehungen	BMV	1 192	—	—	1 192
— Autobahnanbindungen	BMV	286	—	—	286
— Maßnahmen im Bahnbereich	BMV	350	—	—	350
— Emsumleitung/Dollarhafen, Schleuse Geesthacht	BMV	279	—	—	279
— Schallschutz	BMV	50	—	—	50
— Forschungsvorhaben (einschl. Nachrichtentechnik)	BMFT/ BMWi	261	138	—	399
Programmbereich insgesamt		3 550	153	16	3 718
B. Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung					
— Ausbau der Fernwärmeversorgung	BMWi/ BMFT	483	340	—	823
— Verschiedene Demonstrationsvorhaben im Energiebereich	BMFT	432	4	—	436
Programmbereich insgesamt		915	344	—	1 259
C. Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge					
— Rhein-Bodensee-Programm (Abwasserbeseitigung)	BMI	800	800	400	2 000
— Sicherung der Trinkwasserversorgung	BML	463	309	630	1 402
— Wasser-Notversorgung	BMI	100	—	—	100
— Abwehr von Erosion und Überschwemmung ..	BML	138	92	20	251
— Küstenschutz	BML	178	76	—	254
— Anlagen zur Verminderung der Schädlichkeit von Abwasser	BMFT	50	15	—	65
Programmbereich insgesamt		1 729	1 292	1 050	4 071
D. Verbesserung der Wohnumwelt					
— Infrastrukturmaßnahmen in städtischen Innenbereichen	BMBAu	200	200	200	600
— Förderung des Baus von Ersatzwohnungen ..	BMBAu	300	300	—	600
— Auslagerung von Gewerbebetrieben aus Stadtinnenbereichen	BMBAu	200	200	200	600
— Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten der Gemeinschaftsaufgaben	BMWi	250	250	330	830
— Erhaltung und Erneuerung ausgewählter (historischer) Stadtkerne	BMBAu	250	250	250	750
— Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern und Kulturbauten	BMI	106	106	26	237
— Dorferneuerung	BML	161	107	—	268
— Forschungsvorhaben	BMFT	174	2	80	256
Programmbereich insgesamt		1 641	1 415	1 086	4 141
E. Berufsbildung	BMBAW	350	250	—	600
Insgesamt		8 185	3 453	2 151	13 789

¹⁾ Im Gesamtvolumen von 16 Mrd. DM sind 2,2 Mrd. DM Mitleistungen von Dritten enthalten

Das Programm wird mit Schwergewicht in den Jahren 1978 bis 1980 ausgabewirksam, wobei ein Vorziehen von Aufträgen und ggfs. auch Ausgaben angestrebt und bei Aufstellung der Haushalte auch berücksichtigt wird. Es liegt in der Natur eines solchen befristeten Strukturprogramms, daß in den geförderten Bereichen die Ausgaben vielfach im Jahre 1981 gegenüber den Vorjahren zurückgehen. Die Bundesausgaben werden voraussichtlich wie folgt abfließen:

1977 Soll	1978	1979	1980	1981	(1982)
— in Mrd. DM —					
0,53	2,01	2,32	2,31	0,69	(0,33)

Der auf 1977 entfallende Teil des Programms (Baransätze und Verpflichtungsermächtigungen) wurde durch eine Ergänzungsvorlage in den Haushalt 1977 eingefügt. Das Programm ist bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1978 berücksichtigt und auch förmlich in den Finanzplan 1977 bis 1981 übernommen worden.

- 1.5.3 Auf der **Einnahmeseite** schlagen sich die nach Aufstellung des letzten Finanzplans in Kraft getretenen Steuererleichterungen und die steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vom 14. September 1977 nieder (im einzelnen vgl. Tz. 1.3 ¹⁾ und Zusammenstellung 1). Zusammen mit den Einnahmefällen, die sich aufgrund der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern für die Jahre 1977 und 1978 ergeben, führen sie gegenüber dem bisherigen Finanzplan bei den Steuereinnahmen des Bundes zu einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von rd. 8 Mrd. DM. Demgegenüber sind die auf die gesamtwirtschaftlichen Veränderungen zurückzuführenden Mindereinnahmen vergleichsweise gering. Die Verwaltungseinnahmen des Bundes erhöhen sich ab 1978 um jährlich gut 2 Mrd. DM durch die an den Bundeshaushalt wieder abzuführende Postablieferung. Sie trägt dazu bei, daß die durch Ausgabenauflösung und Steuerausfälle notwendige Erhöhung der Nettokreditaufnahme auf

1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —			
27,5	26,9	25,7	24,6

begrenzt werden konnte.

Haushaltspolitisch ist der Anstieg der Kredite gegenüber dem bisherigen Finanzplan nicht ohne Probleme, zumal steigende Schuldenlast auch zunehmenden Kapitaldienst erfordert. Diese Probleme müssen und können jedoch als Preis für die notwendigen beschäftigungspolitischen Impulse getragen werden. Angesichts der hohen Ersparnisbildung und der Liquidität der Kreditmärkte dürfte die Realisierung der vorgesehenen Nettokreditaufnahme zu keinen Schwierigkeiten führen.

- 1.5.4 Im Haushaltsentwurf 1978 hat die Bundesregierung beim **Personal** den aufgetretenen Mehrbedarf — insbesondere im Bereich der Inneren Sicherheit und der Flugsicherung — ohne globale Einsparungsaufgaben berücksichtigt und insoweit ihre in den letzten Jahren verfolgte Politik der Eindämmung des Zuwachses an Personalausgaben vorsichtig gelockert.

2. Ausgabeseite des Finanzplans

- 2.1 Das System der **sozialen Sicherheit** ist in den zurückliegenden Jahren konsequent ausgebaut worden. Auch in Zukunft wird es Ziel der Bundesregierung bleiben, die soziale und politische Stabilität in der Bundesrepublik durch ein dicht geknüpftes Netz der sozialen Sicherung zu garantieren. Die staatlichen Leistungen im Sozialbereich bilden mit gut einem Drittel der Gesamtausgaben den größten Ausgabenblock (vgl. Tz. 1.01 bis 1.09)

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
62,3	67,0	68,8	72,5	75,5

Ausgabeschwerpunkte sind die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherungen, die Aufwendungen für das Kindergeld, die Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge sowie die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz.

¹⁾ Hinweise auf Textziffern (Tz.) in den nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die Textziffern der Zusammenstellung 3 im Tabellenteil.

Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz sind im Rahmen der Solidargemeinschaft die Grundlagen für die Konsolidierung der **Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten** sowie der **knappschaftlichen Rentenversicherung** geschaffen worden. Zwangsläufig wird jedoch die finanzielle Situation der Rentenversicherung — und auch der Bundesanstalt für Arbeit — von der hinter den Erwartungen zurückbleibenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Die Fehlbeiträge, die aufgrund der jetzigen wirtschaftlichen Grundannahmen bei den Rentenversicherungen entstehen, sollen nicht durch Beitragserhöhungen ausgeglichen werden, die konjunkturpolitisch gegenwärtig nicht zu vertreten sind. Die Bundesregierung hat daher auf Grund der auf den jetzigen gesamtwirtschaftlichen Annahmen beruhenden Analyse der Finanz- und Liquiditätssituation der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung folgende Maßnahmen zu Lasten des Bundeshaushalts beschlossen:

	1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —			
a) Vorzeitige Rückzahlung aufgeschobener Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung	1 250	1 250	1 250	(1 250)
b) Vorziehen der Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit für Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld zur Rentenversicherung bereits ab 1. Juli 1978 und Erstattung dieses Betrages durch den Bund	1 450	—	—	—
c) Übernahme von Kinderzuschüssen der Rentenversicherung in Höhe des Kindergeldes ab 1. Januar 1979 auf den Bund (Einbeziehung der Rentnerkinder in die Kindergeldregelung)	—	325	325	325
	2 700	1 575	1 575	325
Außerdem sind Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit erforderlich	—	1 200	650	—

Die Ausgaben sind im Haushalt 1978 sowie im Finanzplan bis 1981 berücksichtigt. Die erforderlichen gesetzlichen Änderungen werden in die Wege geleitet.

Neben diesen Sondermaßnahmen zur Stabilisierung der Finanzlage der Rentenversicherung zahlt der Bund — wie bisher — laufende jährliche Zuschüsse, deren Entwicklung durch die gesetzlich festgesetzte Dynamisierung der Renten bestimmt wird.

Für die Leistungen an die Rentenversicherungen sind insgesamt vorgesehen (vgl. Tz. 1.01):

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
23,4	27,1	28,6	30,6	32,6

Die jährliche Dynamisierung der **Kriegsopferrenten** seit 1971 hat dazu beigetragen, daß die Opfer des Krieges an der allgemeinen Einkommensteigerung teilhaben.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat, wie bereits dargelegt, auch Auswirkungen auf die finanzielle Lage der **Bundesanstalt für Arbeit**. Der Bund hat daher zur Erfüllung seiner Verpflichtung nach dem Arbeitsförderungsgesetz an die Bundesanstalt Liquiditätshilfen eingeplant (1979: 1,2 Mrd. DM; 1980: 0,65 Mrd. DM) und für 1978 die pauschale Abgeltung der auf den 1. Juli 1978 vorgezogenen Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsempfänger

an die Rentenversicherung mit dem obengenannten Betrag von 1,45 Mrd. DM berücksichtigt.

Der Bund trägt ferner — wie bisher — die Leistungen für die originäre Arbeitslosenhilfe (das sind Leistungen an Arbeitslose, die wegen Nichterfüllung der Anwartschaftszeit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben). Für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und des Arbeitsschutzes sind insgesamt folgende Beträge veranschlagt (vgl. Tz. 1.07)

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
1,7	2,2	2,1	1,5	2,2

Die Reform des Familienlastenausgleichs im Jahr 1975 hat die allgemeine Gewährung von **Kindergeld** gebracht. Ab 1977 trägt der Bund auch das Kindergeld für die Kinder der Bediensteten und Versorgungsempfänger der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Dies erfordert Mehraufwendungen von jährlich rd. 1,5 Mrd. DM.

Zum 1. Januar 1978 wird das Kindergeld für Familien mit mehreren Kindern erhöht, und zwar für das zweite Kind von 70 auf 80 DM und für das dritte und die weiteren Kinder von 120 auf 150 DM. Hierdurch entstehen zusätzliche Aufwendungen von rd. 1,7 Mrd. DM jährlich.

Zur Entlastung der Rentenversicherungsträger übernimmt der Bund, wie bereits dargelegt, ab 1979 die Kinderzuschüsse der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe des Kindergeldes. Die hieraus entstehende Belastung des Bundeshaushalts beträgt jährlich 325 Millionen DM.

Im Finanzplan sind für das Kindergeld insgesamt (vgl. Tz. 1.03)

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
13,8	15,1	15,1	14,8	14,4

vorgesehen. Die Verwaltungskosten der Bundesanstalt für Arbeit für die Auszahlung des Kindergeldes werden vom Bund erstattet. Sie belaufen sich auf jährlich 270 Millionen DM und sind in den genannten Beträgen nicht enthalten. Der ab 1980 rückläufige Ausgabebedarf ist eine Folge der demographischen Entwicklung.

- 2.2 Im Interesse einer sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln verfolgt die Bundesregierung mit ihrer **Agrarpolitik** unverändert das Ziel, eine leistungsstarke und anpassungsfähige Landwirtschaft zu erhalten.

Weite Bereiche der Agrarpolitik, insbesondere die Agrarpreispolitik, werden im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften festgelegt und im wesentlichen auch über den EG-Haushalt finanziert (vgl. 4.).

Schwerpunkte der nationalen Agrarpolitik sind die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und die landwirtschaftliche Sozialpolitik.

Gegenstand der Gemeinschaftsaufgabe sind vor allem wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen, Flurbereinigung, Marktstrukturverbesserung, Förderung der Forstwirtschaft, einzelbetriebliche Investitionsförderung, das Bergbauernprogramm und der Küstenschutz.

Für die Finanzierung des Bundesanteils der Gemeinschaftsaufgabe sind vorgesehen (vgl. Tz. 3.01):

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
1,4	1,6	1,6	1,5	1,3

In den Ansätzen sind Mittel aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen in Höhe von 940 Millionen DM (Bundesanteil) für Maßnahmen zur Sicherung der

Trinkwasserversorgung, zur Abwehr von Erosion und Überschwemmung, des Küstenschutzes und der Dorferneuerung enthalten. Sie verteilen sich wie folgt:

1977	1978	1979	1980
— in Mrd. DM —			
0,17	0,28	0,27	0,22

Außerdem sind die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe um jährlich 100 Millionen DM aufgestockt worden.

Das System der sozialen Sicherung für die Landwirtschaft schützt die landwirtschaftliche Bevölkerung weitgehend gegen Risiken des Lebens und mildert im Zuge des Strukturwandels auftretende soziale Härten.

Die Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik steigen weiter an (vgl. Tz. 1.02):

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
3,0	3,2	3,4	3,6	3,8

Das beruht insbesondere auf der Dynamisierung des landwirtschaftlichen Altersgeldes und der Landabgaberente. Der Bundeszuschuß an die landwirtschaftliche Unfallversicherung ist von 320 auf 400 Millionen DM jährlich angehoben worden.

- 2.3 Für Maßnahmen der **Energiepolitik** (vgl. Tz. 4.02) sind — einschließlich der Energieforschung — Ausgaben von

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
2,2	2,7	2,2	2,1	2,1

vorgesehen.

Die Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft, für das notwendige Wirtschaftswachstum und damit für die Wiederherstellung und Erhaltung der Vollbeschäftigung. Im Rahmen dieser Zielsetzung gelten besondere Aktivitäten der Verminderung der Abhängigkeit vom eingeführten Rohöl, der Förderung der deutschen Steinkohle, dem Ausbau der Kernkraft und einer sparsamen und rationellen Energieverwendung.

Bei der Sicherung der Energieversorgung kommt den heimischen Energieträgern besondere Bedeutung zu. Dies gilt vor allem für die Steinkohle. Wegen der bestehenden Kostennachteile des heimischen Bergbaus sind auch weiterhin umfangreiche Zuschüsse der öffentlichen Hand für Zwecke der Rationalisierung, Absatzförderung und Kostenentlastung sowie für Sozialmaßnahmen zugunsten der im Bergbau Beschäftigten geplant. Daneben erhält der Bergbau weitere Zuschüsse aus einem Sondervermögen zur Sicherung des Kohleabsatzes in der Elektrizitätswirtschaft.

Der starke Ausgabenzuwachs in 1978 ist im wesentlichen auf eine in diesem Jahr besonders hohe Schuldendienstleistung an die Ruhrkohle AG und die Gewährung einer Kokskohleförderbeihilfe zum Ausgleich der erheblichen Preisdifferenzen auf dem Weltkohlemarkt zurückzuführen.

Zum Ausbau einer eigenen Rohölbasis wird die Bundesregierung die DEMINEX-Vorhaben zur Erschließung eigener Rohölquellen weiter unterstützen. Im Planungszeitraum sind dafür jährlich 200 Millionen DM vorgesehen, ab 1979 als Anschlußprogramm an die seit 1971 laufende Unterstützung.

Daneben wird die Bundesrohölreserve im Interesse einer verstärkten Krisenvorratung ausgebaut. Bis 1981 ist die Einlagerung von insgesamt 8 Millionen Tonnen Rohöl geplant.

Die Bundesregierung verstärkt ferner ihre Anstrengungen, über einen rationelleren Einsatz und Einsparung von Energie den Energieverbrauch zu vermindern.

Neben den bisher schon eingeleiteten Maßnahmen im Rahmen des Energieeinsparungsgesetzes vom 22. Juli 1976, des Wohnungsmodernisierungsgesetzes vom 23. August 1976, des Investitionszulagengesetzes vom 3. Mai 1977 und des Programms zur Absicherung der regionalen und lokalen Beschäftigungsstruktur vom September 1975 konzentrieren sich die weitergehenden Bemühungen nunmehr vor allem auf

- eine Intensivierung der Verbraucheraufklärung
- den Ausbau der Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Wärmedämmung und der Anlagen zur Beheizung
- die verstärkte Nutzung der Abwärme von Kraftwerken durch Förderung des Ausbaus der Fernwärme.

Der Bund hat beschlossen, den Ländern Finanzhilfen für ein Programm zur Förderung energiesparender privater Investitionen in bestehenden Gebäuden mit einem Gesamtvolumen von 4,3 Mrd. DM zu gewähren. Damit sollen Zuschüsse für bestimmte Investitionsmaßnahmen geleistet werden. Der Bundesanteil an dem Programm beträgt:

1978	1979	1980	1981
— in Millionen DM —			
225	570	600	600

Im einzelnen ist ein Zuschuß von 20 v. H. der Investitionskosten vorgesehen, wobei die begünstigungsfähigen Kosten mindestens 4 000 DM und höchstens 12 000 DM je Wohnung ausmachen sollen. Der Bund wird unverzüglich in Verhandlungen mit den Ländern über den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung gem. Artikel 104 a Grundgesetz eintreten.

Zur Förderung des Ausbaus der Fernwärme werden Mittel aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung gestellt:

1977	1978	1979	1980
— in Millionen DM —			
20	125	125	120

Der Förderung der **Energieforschung und -technologie** kommt angesichts des für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erforderlichen Energiebedarfs ein hoher Rang zu.

Die Förderung ist auf drei Schwerpunkte ausgerichtet:

- auf die Arbeit der Kernforschungszentren,
- auf kerntechnische Vorhaben der Reaktorentwicklung, Reaktorsicherheitsforschung, Uranversorgung sowie der Wiederaufarbeitung und Endlagerung verbrauchter Kernbrennstoffe (Entsorgung),
- auf die nichtnukleare Energieforschung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Technologie bei der Nutzung fossiler Brennstoffe, zur rationelleren Energieverwendung und zur Nutzbarmachung neuer Energiequellen. Dieser Forschungsbereich hat für die Sicherung der Energieversorgung besondere Bedeutung, weil der Ausbau der Kernenergie mit den Problemen der Entsorgung belastet ist, und die fossilen Energieträger in übersehbaren Zeiträume erschöpft sein werden.

Für die Maßnahmen der Energieforschung und -technologie sind im Finanzplanungszeitraum folgende Ausgaben veranschlagt:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
1,5	1,8	1,8	1,9	1,8

Darin ist das Programm für Zukunftsinvestitionen mit Mitteln in Höhe von

1977	1978	1979	1980
— in Millionen DM —			
58	204	161	147

enthalten.

- 2.4 Im Rahmen der **regionalen Wirtschaftsförderung** unterstützt der Bund — insbesondere durch Investitionsanreize für die Ansiedlung, Erweiterung und Umstellung gewerblicher Betriebe und durch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur — die Wirtschaftsentwicklung in Gebieten mit geringer Wirtschaftskraft mit dem Ziel, eine ausgewogene regionale Wirtschaftsstruktur zu schaffen und ungenutzte Produktionsfaktoren für das allgemeine Wirtschaftswachstum zu mobilisieren.

Im Mittelpunkt steht dabei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die dafür vorgesehenen Ansätze werden in den Jahren 1978 bis 1980 durch Mittel des Programms für Zukunftsinvestitionen um insgesamt 230 Millionen DM verstärkt.

Außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe wird eine Reihe weiterer Förderungsmaßnahmen fortgeführt. Das Zonenrandgebiet wird auch künftig bevorzugt unterstützt. Regional ausgerichtete ERP-Programme fördern zusätzlich mittelständische Gewerbebetriebe sowie Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkorten der Gemeinschaftsaufgabe. Daneben werden der regionalen Wirtschaft steuerfreie Investitionszulagen (1977 rd. 660 Millionen DM, davon Bundesanteil 47 v. H.), zinsverbilligte Darlehen (1977 545 Millionen DM) sowie Sonderabschreibungen im Zonenrandgebiet (1976 etwa 500 Millionen DM Steuermindereinnahmen, davon Bundesanteil 40 v. H.) gewährt.

- 2.5 In der **Verkehrspolitik** bleibt es die primäre Aufgabe, den stetigen Ausbau aller Verkehrswege fortzusetzen. Hier sind es zwei finanzielle Schwerpunkte — die Leistungen an die Deutsche Bundesbahn und die Ausgaben für den Straßenbau — die neben der Erfüllung verkehrspolitischer Zielsetzungen vor allem auch zur Belebung der Konjunktur beitragen. Die investiven Ausgaben des Bundes im Verkehrsbereich bilden ohnehin den größten Teil seiner Gesamtausgaben für Investitionen.

Insgesamt sind folgende Ansätze im Verkehrsbereich vorgesehen:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
22,8	26,0	26,8	27,6	26,5

davon Mittel aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen (Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge, Bau von Ortsumgehungen, Beseitigung von Unfallschwerpunkten auf Bundesfernstraßen u. a.)

0,1	0,5	0,8	1,0	0,5
-----	-----	-----	-----	-----

Für die wichtigsten Einzelbereiche sind eingeplant:

Bundesfernstraßenbau (vgl. Tz. 5.01) 6,1 6,6 7,1 7,3 7,3

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden einschließlich Betriebsbeihilfe Gasöl im öffentlichen Personennahverkehr (vgl. Tz. 5.01)

2,3	2,4	2,5	2,6	2,6
-----	-----	-----	-----	-----

Bundesbahn (vgl. Tz. 5.02) 11,0 13,1 13,4 13,8 13,0

Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt (vgl. Tz. 5.03)

1,7	2,1	1,9	2,2	1,9
-----	-----	-----	-----	-----

Luftverkehr (vgl. Tz. 5.04) 0,6 0,6 0,7 0,7 0,7

— Größtes Gewicht im Verkehrsbereich haben auch in diesem Planungszeitraum die Leistungen an die **Deutsche Bundesbahn**. Entscheidend für die künftige

Leistungs- und Kostenentwicklung wird insbesondere sein, inwieweit es gelingt, durch innerbetriebliche Rationalisierung und Anpassung des Leistungsangebots an die gewandelte Nachfragestruktur eine nachhaltige Konsolidierung zu erreichen. Die Bundesregierung hat hierfür im April 1977 mit dem „Leistungsauftrag zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn“ die Weichen gestellt.

Finanziell unterstützt der Bund den Anpassungsprozeß durch nochmalige Verstärkung seiner Hilfen; dies gilt insbesondere für die Investitionszuschüsse, die von 1976 mit rd. 1,1 Mrd. DM auf fast 2,9 Mrd. DM im Jahre 1981 steigen. Insgesamt erhöhen sich damit die Leistungen aus dem Bundeshaushalt gegenüber 1976 um rd. 42 v. H. Der Bund geht dabei von der Erwartung aus, daß die zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn eingeleiteten Maßnahmen von den anderen Gebietskörperschaften insbesondere auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs uneingeschränkt unterstützt und ergänzt werden.

- Für den weiter zügigen Aufbau der **Bundesfernstraßen** sind in den nächsten 4 Jahren nunmehr über 28 Mrd. DM vorgesehen, nachdem im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen etwa 2,7 Mrd. DM zusätzlich in diesem Bereich zur Verfügung gestellt wurden. Damit kann der Finanzbedarf gedeckt werden, wie er 1976 im Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen bis 1985 vorgesehen wurde. Dieses Ausgabevolumen trägt zu einer ausreichenden Beschäftigung der Bauwirtschaft bei und ermöglicht außerdem die Berücksichtigung von Lärmschutzmaßnahmen.

- Zur **Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden**, insbesondere im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, sind steigende Jahresraten vorgesehen.

Damit können die eingeleiteten Vorhaben im Bereich des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Personennahverkehrs wesentlich vorangebracht werden.

- Die **Förderung der deutschen Seeschifffahrt**, insbesondere durch Unterstützung beim Neubau von Handelsschiffen, wird im Planungszeitraum verstärkt. Die 1978 bereitgestellten, gegenüber den Vorjahren stark erhöhten Ausgaben in Höhe von rd. 550 Millionen DM und die zusätzlich vorgesehene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen DM, die den Ausgabenrahmen der Folgejahre erhöht, sichern die erforderliche Kontinuität in der Entwicklung der Handelsflotte und tragen zur Verbesserung der Beschäftigungslage der deutschen Werftindustrie bei.

- Die Ertragslage der **Deutschen Bundespost** hat sich weiterhin stabilisiert. Diese Entwicklung führt zu einer zunehmenden Verbesserung der Kapitalstruktur der Post, die es nunmehr erlaubt, ab 1978 die nach dem Postverwaltungsgesetz geschuldeten Ablieferungsbeträge wieder an den Bundeshaushalt abzuführen. Die vorgesehenen hohen Investitionen der Post werden dadurch nicht beeinträchtigt.

2.6 Für **Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung** werden im Planungszeitraum zur Verfügung gestellt (vgl. Tz. 6.01 bis 6.05):

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
8,3	9,4	9,5	9,7	9,8

Schwerpunkt der **Ausbildungsförderung** sind die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Kosten dieses Gesetzes tragen der Bund zu 65 v. H. und die Länder zu 35 v. H. Insbesondere wegen der 1977 beschlossenen Leistungsverbesserungen steigen die Ausgaben des Bundes bis 1981 auf 2,3 Mrd. DM an. Zur **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses** stellt der Bund darüber hinaus wie bisher Mittel im Rahmen der Studien- und Promotionsförderung und im Rahmen der Graduiertenförderung zur Verfügung.

Der Anteil des Bundes an Hochschulbaumaßnahmen nach der **Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen“** beträgt 50 v. H. Die veranschlagten Mittel (vgl. Tz. 6.01)

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
0,90	0,95	0,90	0,85	0,85

berücksichtigen den zu erwartenden Ausgabebedarf.

Im Vordergrund der Förderung der **beruflichen Bildung** (vgl. Tz. 6.03) steht das Ziel, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und vorhandene Plätze besser zu nutzen. Dieser Aufgabe kommt wegen der Jugendarbeitslosigkeit und den geburtenstarken Jahrgängen besondere Bedeutung zu. Die Finanzierungskompetenz des Bundes ist begrenzt. Er stellt Mittel zur Verstärkung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Förderung überbetrieblicher beruflicher Ausbildungsstätten bereit. Ferner beteiligt er sich über Finanzhilfen an die Länder an weiteren Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten.

Die Förderungsmaßnahmen werden im Planungszeitraum verstärkt durch Mittel aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen in Höhe von 350 Millionen DM.

Im Bereich der **Bildungsplanung** beteiligt sich der Bund an den Ausgaben für Versuchs- und Modelleinrichtungen sowie für Forschungsvorhaben im Bereich des Bildungswesens. Die Ausgaben werden auf der Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern gemäß Artikel 91 b Grundgesetz geleistet.

Ziele der Förderung von **Forschung und Technologie** sind außer den schon beim Energiebereich behandelten Aufgaben Sicherung und Erhalt unserer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Zur Erhaltung und Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist dabei vorrangig eine Konzentration auf solche technologische Entwicklungen erforderlich, die eine Chance für arbeitsplatzschaffende Investitionen eröffnen. Damit kann ein Ausgleich für die durch den technologischen Wandel gefährdeten Arbeitsplätze erreicht werden. Im Vordergrund stehen deshalb zukunftssträchtige Vorhaben in den Bereichen Datenverarbeitung, Elektronik, Nachrichtentechnik, Meerestechnik, Rohstoffsicherung und Werkstofftechnik sowie in der Weltraumforschung und bei den Verkehrstechnologien.

Weitere Schwerpunkte bilden die Gesundheits- und Umweltforschung, und das Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“. Die Förderaktivitäten gelten im verstärkten Maße der Erschließung neuer Diagnose- und Therapiemöglichkeiten bei Einsatz modernster Hilfsmittel, dem Abbau gesundheitsschädigender Belastungen am Arbeitsplatz sowie der Sicherung der Ernährungsgrundlagen und der Erhaltung einer gesunden Umwelt.

Die Ansätze für die Förderung von Forschung und Technologie — ohne Energieforschung — steigen auch im Finanzplanungszeitraum weiterhin an. Aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen stehen zusätzlich Mittel für Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Verkehrswesens (Verbesserung des Nahverkehrs, Bekämpfung des Straßenlärms u. a.), dem Gebiet der wasserwirtschaftlichen Vorsorge und der Verbesserung der Wohnumwelt zur Verfügung.

An Ausgaben sind vorgesehen (vgl. Tz. 6.05)

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
4,8	5,4	5,5	5,8	5,8
davon aus Programm für Zukunftsinvestitionen				
— in Millionen DM —				
61	138	121	57	

Für die **Förderung der Kultur** (vgl. Tz. 6.04) sind grundsätzlich die Länder zuständig. Der Bund hat nur eine begrenzte Finanzierungszuständigkeit. Dabei handelt es sich insbesondere um die Förderung solcher Einrichtungen und Maßnahmen, die der kulturellen Repräsentation des Gesamtstaates dienen und denen nationale Bedeutung zukommt. Finanzierungsschwerpunkte sind vor allem die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die geplante Deutsche Nationalstiftung.

Im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen wird der Bund für den Aus- und Neubau von Museen und für die Erhaltung und den Wiederaufbau von Baudenkmälern mit besonderer nationaler Bedeutung im Planungszeitraum zusätzlich insgesamt rd. 105 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Die **auswärtige Kulturpolitik** ist ein bedeutender Beitrag zur internationalen Verständigung durch kulturelle Information und Zusammenarbeit. Das internationale Ansehen eines Staates beruht nicht nur auf seinem politischen Gewicht und seinen wirtschaftlichen Erfolgen, sondern auch auf seinen kulturellen Leistungen. Die praktische Durchführung der auswärtigen Kulturpolitik ist weitgehend an Mittlerorganisationen (Goethe-Institut, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Inter Nationes usw.) delegiert. Schwerpunkte der auswärtigen Kulturpolitik sind u. a.: Verbreitung der deutschen Sprache und eines zeitgemäßen Deutschlandbildes, Förderung eines ausgewogenen Kulturaustauschs mit anderen Staaten durch Pflege der wissenschaftlichen Kontakte (Stipendien), Theatergastspiele, Buch- und Kunstausstellungen. Die Bundesregierung unterhält über 300 Schulen im Ausland. Für den Planungszeitraum sind für Maßnahmen der Auslandskulturarbeit steigende Ansätze vorgesehen.

- 2.7 Für die Bereiche **Gesundheit, Sport und Erholung sowie Umweltschutz** (vgl. Tz. 7.01) sind vorgesehen:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
1,4	1,6	1,6	1,8	1,4

- Im **Gesundheitswesen** besitzt der Bund nur eingeschränkte Verwaltungs- und Finanzierungskompetenzen. Finanziell bedeutend ist die Beteiligung des Bundes an Investitionen in Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz. Die Aufwendungen sind angesichts der inzwischen erreichten Versorgungsdichte bei den Krankenhausbetten im Planungszeitraum leicht rückläufig.

Der Aufrechterhaltung des medizinischen Versorgungsniveaus der krankenversicherten Bevölkerung dient das 1977 in Kraft getretene Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung, mit dem dem besorgniserregenden Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen in den letzten Jahren begegnet wird.

- Die durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten des Bundes zur **Förderung des Sports** beschränken sich im wesentlichen auf Vorhaben im Rahmen der gesamtstaatlichen Repräsentation und der Auslands- und innerdeutschen Beziehungen.

Gefördert werden vor allem die Spitzenorganisationen des Sports, die Bundessportverbände, die Trainerakademie und das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln. Die vorgesehenen Baumittel dienen der Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten im Zonenrandgebiet und in Berlin sowie dem Bau und der Unterhaltung der Bundesleistungszentren, Stützpunkte und sonstigen Stätten des Hochleistungssports.

- Die Bundesregierung sieht in den Bemühungen zur Stärkung des **Umweltschutzes** einen der Kernpunkte in der politischen Arbeit der 8. Legislaturperiode, auch wenn die Verwaltungs- und Finanzierungskompetenzen des Bundes auf diesem Feld nach der verfassungsrechtlichen Aufgaben- und Lastenverteilung begrenzt sind.

Der Bund fördert Investitionsvorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen werden in den Programmbereichen „Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung“ und „Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge“ auch erhebliche Mittel zur Schaffung günstigerer Umweltbedingungen bereitgestellt. Neben der Erstellung von Demonstrationsanlagen zur umweltfreundlichen Energieverwendung, zur Beseitigung von Abfällen und zur Verminderung der Schädlichkeit von Abwasser ist besonderer Schwerpunkt das **Rhein-Bodensee-Programm**. Im Hin-

blick auf die internationale Bedeutung der Reinhaltung des Rheins und des Bodensees wendet der Bund hierfür bis 1980 insgesamt 800 Millionen DM für Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung auf.

Weitere Mittel werden aus dem ERP-Sondervermögen in Form zinsgünstiger Darlehen für Abwasserreinigungs-, Luftreinigungs- und Abfallbeseitigungsanlagen der Gemeinden, Abwasserverbände und Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bereitgestellt. Außerdem sieht das Einkommensteuerrecht bis 1980 Sonderabschreibungen für Wirtschaftsgüter vor, die unmittelbar und ausschließlich dem Umweltschutz dienen.

Auf internationaler Ebene beteiligt sich der Bund aufgrund Übereinkommen mit den Rheinanliegerstaaten an den Kosten zur Verminderung der Rheinverunreinigung durch Chloride.

2.8 Für **Wohnungs- und Städtebau** (vgl. Tz. 7.03) sind im Planungszeitraum

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
1,9	2,1	2,4	2,7	2,8

vorgesehen.

Durch die hohen Wohnungsbauleistungen der vergangenen Jahre wurde bei insgesamt ausgeglichenem Wohnungsmarkt zumindest quantitativ eine günstige Versorgungslage erreicht. Die **Wohnungspolitik** kann sich deshalb zunehmend auf folgende Schwerpunktbereiche konzentrieren:

- Beseitigung von Versorgungsengpässen bei einkommensschwachen Wohnungssuchenden aus den noch benachteiligten Bevölkerungsgruppen (kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, alte Menschen, Schwerbehinderte, Aussiedler).
- Modernisierung von Wohnungen sowie Ersatzwohnungsbau,
- Eigentumsbildung durch Fortführung bewährter Förderungsmaßnahmen.

An der Erfüllung dieser Aufgaben beteiligt sich der Bund mit Finanzhilfen nach Artikel 104 a (4) GG. Von besonderer Bedeutung — auch unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten — ist dabei die von der Bundesregierung für den Zeitraum des Finanzplans beschlossene Weiterführung des Regionalprogramms und des Intensivprogramms (im Rahmen des Sozialprogramms); beide Programme sollten ursprünglich 1977 auslaufen.

Weitere wesentliche Instrumente der Wohnungsbauförderung und der Eigentums- und Vermögensbildung sind die Wohnungsbauprämien, die erhöhte Abschreibung nach § 7 EStG und das Wohngeld. Durch gesetzliche Neuregelung ist § 7 b EStG auf den Erwerb von Altbauten ausgedehnt und die Grunderwerbsteuerbefreiung auf eigengenutzte Altbauwohnungen und alte Wohngebäude erweitert worden.

Mit der Novelle zum **Wohngeldgesetz** werden ab 1. Januar 1978 das Wohngeld an die Mieten- und Einkommensentwicklung angepaßt sowie strukturelle Verzerrungen des Förderungssystems weitgehend beseitigt. Die Mehrausgaben des Bundes für Wohngeld durch die Wohngeldnovelle betragen nach einer Anlaufphase jährlich rd. 350 Millionen DM. Insgesamt sind veranschlagt:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
0,8	1,0	1,0	1,0	0,9

Im Bereich des **Städtebaues** wird die Förderung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen fortgesetzt. Angestrebtes Ziel ist die Erhaltung und Erneuerung der Städte, die Verbesserung der Wohnumwelt in alten Wohngebieten sowie die Entwicklung neuer Orte und Ortsteile. Der Bund beteiligt sich dabei durch Finanzhilfen im Rahmen des Bundesprogramms nach dem Städtebauförderungsgesetz und übernimmt ein Drittel der förderungsfähigen Kosten.

In Ergänzung zu diesem Bundesprogramm stellt der Bund für Investitionen, die geeignet sind, laufende Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen wirksam zu beschleunigen und zum Abschluß zu bringen, zusätzlich Mittel aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen bereit. Für die Investitionsbereiche „Erhaltung und Erneuerung ausgewählter historischer Stadtkerne“, „Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in städtischen Innenbereichen“, „Verlagerung störender Gewerbebetriebe“ und „Ersatzwohnungsbau und Aus- und Umbau von Wohnungen“ sind vorgesehen:

1978	1979 — in Mrd. DM —	1980	1981
0,24	0,26	0,25	0,15

- 2.9 Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern** sieht die Bundesregierung als wichtiges Element ihrer Außenpolitik an. Die Neuordnung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern tritt neben die westliche Bündnispolitik und die Aussöhnung mit dem Osten. Indem sie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern fördert, trägt die Bundesregierung zum Abbau internationaler Konfrontationen bei.

Im Rahmen dieser Zielsetzung will die Bundesregierung wie bisher zur Lösung der Probleme der internationalen Wirtschaftsordnung beitragen und den Anteil besonders armer Entwicklungsländer an der Hilfe aus öffentlichen Mitteln weiter erhöhen. Insgesamt steigert der Bund seine finanziellen Aufwendungen für die Entwicklungshilfe erheblich:

1977	1978	1979 — in Mrd. DM —	1980	1981
3,2	3,9	4,3	4,6	5,1

Die Ausgaben für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind damit, nachdem bereits 1977 für den Finanzplanungszeitraum bis 1980 zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 1,5 Mrd. DM bereitgestellt wurden, nochmals um rd. 1,25 Mrd. DM über das bisherige Planungsvolumen angehoben worden. In 1978 steigen die Ausgaben um rd. 22 v. H.

Förderungsschwerpunkte sind vor allem die Gewährung günstiger Darlehen an Entwicklungsländer im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit (Kapitalhilfe) und die Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit durch Leistung finanzieller Beiträge an multilaterale Organisationen.

Ein Teil der Ausgaben fließt erfahrungsgemäß in Form von Aufträgen an die Industrie in die Bundesrepublik Deutschland zurück, so daß das Nachfragepotential der Dritten Welt für die mittel- und langfristige Wirtschaftsentwicklung genutzt wird.

- 2.10 Grundmaxime der **Verteidigungspolitik** ist weiterhin die Sicherung von Frieden und Freiheit nach außen. Dies erfordert auch künftig einen wirksamen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses. Die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft gibt der Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland den notwendigen Rückhalt.

Für die militärische Verteidigung sind folgende Mittel vorgesehen (vgl. Tz. 2.01):

1977	1978	1979 — in Mrd. DM —	1980	1981
33,0	35,1	36,6	38,2	39,5

Sie gewährleisten die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und tragen in ihrer Höhe und Struktur (Erhöhung der verteidigungsinvestiven Ausgaben im Verhältnis zu den Betriebsausgaben) zur weiteren Modernisierung der Ausrüstung der Bundeswehr bei.

Die für Verteidigung bereitgestellten Ausgaben bilden im Bundeshaushalt nach den Sozialausgaben den zweitgrößten Ausgabenblock.

Die militärische Verteidigung wird ergänzt durch die **zivile Verteidigung** (vgl. Tz. 2.03), deren Aufgabengebiet die zivile Vorsorge zum Schutz der Bevölkerung und die zivile Unterstützung der Streitkräfte im Verteidigungsfall umfaßt. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Katastrophenschutz einschließlich des Technischen Hilfswerks zu.

Der Anstieg der Ansätze in den Jahren 1978 und 1979 ist im wesentlichen auf Mittel zurückzuführen, die aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen für Maßnahmen zur Wasser-Notversorgung (insgesamt 95 Millionen DM) bereitgestellt werden.

- 2.11 Im Bereich der **Inneren Sicherheit** wird die Bundesregierung aufgrund der aktuellen Sicherheitslage ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus verstärken. Neben einer notwendigen Intensivierung der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus und Terrorismus müssen die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzt werden, — stärker als bisher — nicht nur auf Sicherheitsverletzungen zu reagieren, sondern Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Außer einem Sofortprogramm im Jahre 1977 werden mittelfristig angelegte Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit im Planungszeitraum durchgeführt. Sie sehen bei einem finanziellen Volumen von fast 900 Millionen DM insbesondere eine Aufstockung des Personals der Sicherheitsorgane des Bundes sowie Verbesserungen der Ausrüstung und Ausstattung vor.

3. Einnahmeseite des Finanzplans

- 3.1 Die bis 1981 angesetzten Steuereinnahmen beruhen auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 22. bis 24. August 1977. Die Auswirkungen der Steuerentlastung aufgrund der Beschlüsse der Bundesregierung vom 14. September 1977 sind berücksichtigt.

Der Arbeitskreis, dem neben dem federführenden Bundesministerium der Finanzen das Bundesministerium für Wirtschaft, die Deutsche Bundesbank, das Statistische Bundesamt, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Länderfinanzministerien, die führenden Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände angehören, hat seiner Schätzung der Steuereinnahmen das geltende Steuerrecht und eine Zielprojektion mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen von knapp 8 vH zugrundegelegt.

Folgende Steuereinnahmen werden im mittelfristigen Schätzzeitraum für den Bund erwartet:

	Entwurf 1978	— Finanzplan — 1979 1980 1981 — in Mrd. DM — ¹⁾
Bundesanteil an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer	60,4	67,3 75,5 84,3
Bundesanteil an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und Körperschaftsteuer	10,6	11,3 12,0 12,7
Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz	42,7	45,9 48,8 52,0
Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage ..	4,4	4,6 4,9 5,2
Tabaksteuer	10,5	10,7 10,9 11,0
Branntweinabgaben	3,7	3,8 3,9 4,0
Mineralölsteuer	19,7	20,3 20,9 21,5
Sonstige Bundessteuern	4,5	4,6 4,7 4,8
Ergebnis Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ..	156,5	168,5 181,5 195,5
abzüglich		
Steuererleichterungen aufgrund der Beschlüsse vom 14. September 1977	— 3,0	— 3,7 — 4,0 — 4,5
Steuern insgesamt	153,5	164,8 177,5 191,0

¹⁾ Differenzen durch Rundung

3.2 Zur Schätzung der Steuereinnahmen ist im einzelnen zu bemerken:

- Der Ansatz für die Lohnsteuer wurde aus der angenommenen Entwicklung der Brutto Lohn- und Gehaltssumme einschließlich Beamtenpension abgeleitet. Die Schätzung der veranschlagten Einkommensteuer geht von dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus. Dem Bund stehen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer Anteile von 43 v. H. zu.
- Schätzungsgrundlage für die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer ist ebenfalls das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die ab 1. Januar 1977 in Kraft getretene Körperschaftsteuer-Reform mit ihren Auswirkungen auf die veranlagte Einkommensteuer (infolge des neueingeführten Anrechnungsverfahrens) ist berücksichtigt. Der Bund erhält 50 v. H. des Aufkommens aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und aus der Körperschaftsteuer.
- Die Steuern vom Umsatz wurden auf der Basis der inländischen Verwendung anhand der projizierten Brutto sozialprodukts-Entwicklung geschätzt. Die ab 1. Januar 1978 geltende Steuererhöhung von 5,5 v. H. auf 6 v. H. bzw. 11 v. H. auf 12 v. H. ist berücksichtigt.
Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz beträgt 1977 69 v. H. und 1978 67,5 v. H. Die Umsatzsteuerverteilung ab 1979 muß durch Gesetz neu geregelt werden. Um diesem nicht vorzugreifen, ist den Einnahmeansätzen einstweilen das für 1978 geltende Anteilsverhältnis zugrundegelegt worden. Aus seinem Anteil gewährt der Bund Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder; sie betragen 1,5 v. H. des Aufkommens aus den Steuern vom Umsatz und werden vom Bundesanteil abgesetzt.

— In den Schätzansätzen sind ferner berücksichtigt:

- a) das Gesetz über steuerliche Vergünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude, das die erhöhte Abschreibung nach § 7 b EStG auf eigengenutzte Altbauwohnungen und alte Wohngebäude ausdehnt und die Grunderwerbsteuerbefreiung erweitert.
- b) das Steueränderungsgesetz 1977, das ab 1. Januar 1978
 - das Kindergeld für das zweite und jedes weitere Kind erhöht
 - die Höchstbeträge für Sonderausgaben (Vorsorgeaufwendungen) bei der Lohn- und Einkommensteuer anhebt
 - die Vermögensteuersätze herabsetzt.

Die Einnahmeausfälle aus der steuerlichen Entlastung und die Belastung aus der Anhebung des Kindergeldes übersteigen die Mehreinnahmen des Bundes aus der Erhöhung der Umsatzsteuer.

- Die Mineralöl- und Tabaksteuer sowie die Branntweinabgaben verändern sich verbrauchsbedingt unterproportional im Vergleich zur Zunahme des Brutto sozialprodukts in jeweiligen Preisen. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen nimmt deshalb kontinuierlich ab.
- Abgesetzt sind auch die Mindereinnahmen aus den steuerpolitischen Beschlüssen vom 14. September 1977 (vgl. dazu im einzelnen Nr. 1.3 Ziff. 2 bis 4).

3.3 Wegen der Entwicklung der Verwaltungseinnahmen, insbesondere durch die Wiedereinführung der Postablieferung, sowie wegen der Nettokreditaufnahme vgl. die Ausführungen unter 1.5.3.

4. Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an internationale und supranationale Organisationen

4.1 Die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland werden durch Beiträge oder durch Überlassung von Einnahmemitteln erbracht. Die Entwicklung der deutschen Leistungen im Finanzplanungszeitraum:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
11,2	12,7	14,2	15,4	16,9
— Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H. —				
.	13,2	12,1	8,1	9,8

macht die zunehmende Belastung der Bundesrepublik deutlich. Den wesentlichen Anteil der deutschen Leistungen erhalten

- die Europäischen Gemeinschaften (EG)
- die UNO mit ihren Unter- und Sonderorganisationen
- der Bereich der multilateralen Entwicklungshilfe
- die Europäische Weltraumorganisation (ESA)
- die NATO
- die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) sowie
- die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL).

- 4.2 Von den gesamten deutschen Leistungen an den internationalen und supranationalen Bereich entfallen über 80 v. H. auf die Leistungen **an die EG**. Es sind vorgesehen:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
9,3	10,3	11,4	12,8	14,0.

Sie werden — abgesehen von den Abwicklungen nach dem früheren Beitragsystem (von rd. 130 Millionen DM in 1977 auf rd. 40 Millionen DM in 1981 absinkend) — dadurch erbracht, daß Zölle und Agrarabschöpfungen vollständig und Umsatzsteuereinnahmen bis zur Höhe eines im EG-Haushaltsverfahren festgelegten Prozentsatzes (maximal 1 v. H. einer einheitlichen steuerlichen Bemessungsgrundlage) an die EG abgeführt werden (vgl. Zusammenstellung 1 nachrichtlicher Teil). Solange die Vorschriften über die einheitliche steuerliche Bemessungsgrundlage noch nicht angewandt werden, werden die Finanzierungsanteile auf der Grundlage des Bruttosozialproduktsschlüssels ermittelt. Die bislang geltende Begrenzungsklausel, die Veränderungen der Finanzierungsanteile gegenüber dem Vorjahr nur in engen Grenzen zuläßt, entfällt ab 1978.

Die für 1977 vorgesehene Abführung an Umsatzsteuer stellt knapp 7 v. H. des Aufkommens dieser Steuer in der Bundesrepublik dar. Dieser Satz wird sich bis 1981 voraussichtlich auf über 9 v. H. erhöhen.

Die Abführung an die EG vermindert den für Bundesaufgaben zur Verfügung stehenden Umsatzsteueranteil des Bundes (in 1977 von 69 auf rd. 62 Prozentpunkte).

Von 1971 bis 1976 sind die Ausgaben des Gemeinschaftshaushalts außerordentlich stark gestiegen, und zwar mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von rd. 30 v. H. Mit weiterhin hohen Zuwachsraten muß gerechnet werden. Innerhalb des EG-Haushalts bilden die Ausgaben für die gemeinschaftliche Agrarpolitik mit einem Anteil von rd. 70 v. H. den größten Ausgabeblock.

Die Ausweitung des EG-Haushalts findet ihren Niederschlag im Ansteigen der Bruttoleistungen der Bundesrepublik, die sich von 1971 bis 1978 nahezu vervierfachen werden. Diesen Leistungen werden nicht in gleichem Umfang steigende Rückflüsse aus dem EG-Haushalt in die Bundesrepublik gegenüberstehen, so daß die Nettobelastung auch weiterhin zunehmen wird.

Durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in den EG sind weitere finanzielle Leistungen bedingt, die nicht über den EG-Haushalt laufen. Hierzu zählen insbesondere der deutsche Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds und zur Finanzhilfe an die Türkei (353 Millionen DM in 1977 ansteigend auf 496 Millionen DM in 1981).

5. Die Investitionsausgaben des Bundes 1977–1981

5.1 Vorbemerkungen

- 5.1.1 Die Bundesregierung hat am 23. März 1977 das Programm für Zukunftsinvestitionen beschlossen, durch das — zusammen mit den Ländern und den Gemeinden — rd. 16 Mrd. DM für Maßnahmen zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und der Verbesserung der Umweltbedingungen bereitgestellt werden.

Weiter hat die Bundesregierung am 14. September 1977 eine Reihe von Beschlüssen zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gefaßt. Dabei wurde durch eine expansive Haushaltsgestaltung für das Jahr 1978 und eine Umstrukturierung auf der Ausgabeseite eine deutliche Erhöhung des Gewichts der investiven Ausgaben erreicht.

Insgesamt erhöhen sich allein die Bundesinvestitionen in den nächsten 3 Jahren gegenüber dem alten Finanzplan um fast 17 Mrd. DM. Durch die damit verbundenen Auftrags- und Beschäftigungswirkungen sowie die Einflüsse auf die Einkommens- und Nachfrageentwicklung trägt die Bundesregierung zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

- 5.1.2 Im folgenden wird gemäß § 10 Stabilitätsgesetz in Verbindung mit § 50 Abs. 5 Haushaltsgrundsätzegesetz ein Überblick über Volumen und Struktur der Investitionsvorhaben im Finanzplan gegeben. Dabei werden die Ausgaben des Programms für Zukunftsinvestitionen im tabellarischen Teil nachrichtlich dargestellt.

5.2 Das Volumen der Investitionsausgaben im Finanzplan bis 1981

- 5.2.1 Die Sachinvestitionen für eigene Vorhaben des Bundes und die Finanzierungshilfen für Investitionsvorhaben Dritter ¹⁾ entwickeln sich nach dem Finanzplan 1977 bis 1981 wie folgt:

	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— Mrd. DM — ²⁾				
Gesamte Investitionsausgaben ³⁾	24,74	28,84	30,2	30,7	30,0
davon					
— Sachinvestitionen	7,18	7,85	8,6	8,8	8,7
— Finanzierungshilfen	17,56	20,99	21,7	21,9	21,3
nachrichtlich:					
darin enthalten:					
— Programm für Zukunftsinvestitionen ⁴⁾	0,53	2,01	2,3	2,3	0,7

- 5.2.2 Daneben ergibt sich ein erhebliches Auftragsvolumen aus den Ausgaben im militärischen Bereich, deren ökonomische Wirkungen sich grundsätzlich nicht von den Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte unterscheiden. Die Ausgaben für Beschaffungen, Materialerhaltung, Wehrforschung und -entwicklung sowie für militärische Anlagen fallen überwiegend im Bereich der Investitionsgüterindustrie an und betragen:

1977	1978	1979	1980	1981
— in Mrd. DM —				
12,4	13,9	14,3	14,6	14,8

Nach der finanzwirtschaftlichen Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählen diese Ausgaben jedoch nicht zu den Investitionen, sondern

¹⁾ Zur Abgrenzung im einzelnen vgl. Zusammenstellung 5

²⁾ Differenzen durch Rundung

³⁾ Aufgrund der konjunkturellen Sonderprogramme der Jahre 1974 und 1975 erhöhen sich diese Investitionsausgaben 1977 und 1978 noch jeweils um rd. 0,3 Mrd. DM.

⁴⁾ Restabwicklung nach 1981 rd. 0,4 Mrd. DM

werden dem Staatsverbrauch zugeordnet. Sie sind daher in das o. g. Volumen nicht einbezogen.

- 5.2.3 Bei der Beurteilung der Investitionsausgaben des Bundes ist zu berücksichtigen, daß von den öffentlichen Investitionsausgaben nach der grundgesetzlichen Aufgabenverteilung nur etwa ein Drittel auf den Bund entfallen; bei den Sachinvestitionen sind es nur rd. ein Sechstel. Die Aufgaben des Bundes liegen in erster Linie auf den Gebieten der sozialen Sicherung und der Verteidigung. Die Ausgaben hierfür werden der ökonomischen Aufgliederung nach dem konsumtiven Bereich zugeordnet.

Es wäre verfehlt, allein an den Investitionsausgaben ablesen zu wollen, was öffentliche Haushalte ökonomisch bewirken. So induzieren Finanzierungshilfen als anteilige Zuschüsse oder Zuweisungen ein mehrfach höheres gesamtwirtschaftliches Investitionsvolumen, steuerliche Maßnahmen zur Erleichterung der Investitionsfinanzierung der privaten Unternehmer verkürzen hingegen die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte und erscheinen nicht in der Summe der investiven Maßnahmen.

5.3 Die Struktur der Investitionsausgaben

- 5.3.1 Fast drei Viertel der Investitionsausgaben des Bundes sind Finanzierungshilfen für Investitionsvorhaben Dritter, wovon die Hälfte als Darlehen und Zuweisungen für den öffentlichen Bereich gewährt werden.

Die Schwerpunkte der Sachinvestitionen des Bundes, d. h. Ausgaben für Baumaßnahmen sowie der Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen, liegen im Verkehrsbereich sowie bei den allgemeinen Diensten (Ausstattung und Ausrüstung der Dienststellen und Einrichtungen des Bundes; allgemeines Grundvermögen).

- 5.3.2 Die Aufteilung der Investitionen nach **Ausgabearten** (vgl. Zusammenstellung 5) zeigt, daß über zwei Drittel der Sachinvestitionen des Bundes Ausgaben im Tiefbau sind. Der Anteil im Hochbau beträgt zwischen 10 und 13 v. H., auf den Erwerb von beweglichen Sachen entfallen durchschnittlich rd. 12 v. H.

Die Finanzierungshilfen für Investitionsvorhaben Dritter verteilen sich in etwa gleichen Teilen auf den öffentlichen und den sonstigen Bereich. Im öffentlichen Bereich wird der weitaus überwiegende Teil als Zuweisungen im wesentlichen anderen Gebietskörperschaften gewährt (durchschnittlich rd. 83 v. H.), während im sonstigen Bereich rd. zwei Drittel auf Zuschüsse und etwa ein Viertel auf Darlehen entfallen.

- 5.3.3 Die Aufteilung der Sachinvestitionen nach **Aufgabenbereichen** (vgl. Zusammenstellung 6) macht den Schwerpunkt im Verkehrsbereich deutlich. Rund 80 v. H. der investiven Ausgaben für eigene Vorhaben des Bundes sind für Aus- und Neubau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen, die Erweiterung und Sicherung des Kanalnetzes und der Häfen sowie Maßnahmen im Bereich der Luftfahrt vorgesehen. Die Leistungen des Bundes steigen dabei von rd. 5,7 Mrd. DM in 1977 auf 6,7 Mrd. DM in 1981 an.

Erhebliche Steigerungen weisen auch die Ausgaben für Baumaßnahmen, Ausstattung und Ausrüstung der Dienststellen und Einrichtungen des Bundes und das allgemeine Grundvermögen auf (in der Zusammenstellung erfaßt unter „Verteidigung ...“, Innere Sicherheit und sonstige Bereiche). Innerhalb der nächsten vier Jahre erhöhen sich die Aufwendungen hierfür um fast 40 v. H.

- 5.3.4 Im Vergleich zu den Sachinvestitionen zeigen die Finanzierungshilfen eine breitere Fächerung auf die Aufgabenbereiche.

Der überwiegende Teil der Ausgaben gilt auch hier dem Verkehrsbereich.

Für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Förderung des kommunalen Straßenbaus sind 1977 rd. 2,3 Mrd. DM ansteigend auf rd. 2,7 Mrd. DM in 1981, somit durchschnittlich über 40 v. H. der gesamten Finanzierungshilfen des Verkehrsbereichs, vorgesehen.

Der Deutschen Bundesbahn wird mit Investitionszuschüssen in Höhe von rd. 2,2 Mrd. DM in 1977 ansteigend auf fast 2,9 Mrd. DM in 1981, ermöglicht, den notwendigen Aus- und Neubau des Streckennetzes für ein modernes Leistungsangebot voranzubringen. Für die Förderung von Wasserstraßen, Häfen und der Schifffahrt sind jährlich zwischen 300 und 700 Millionen DM vorgesehen.

Insgesamt steigen die Ausgaben des Bundes für Investitionen im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (einschl. Sachinvestitionen) von 10,9 Mrd. DM in 1977 auf über 13 Mrd. DM in 1981 an; sie erreichen damit einen Anteil von fast 45 v. H. an den gesamten Investitionsausgaben des Bundes.

- 5.3.5 Die Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen“, die Förderung der Forschung außerhalb der Hochschulen sowie die Unterstützung der Aus- und Fortbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bilden mit jährlich zwischen 2,4 Mrd. DM und 3 Mrd. DM einen weiteren Schwerpunkt der Investitionsfinanzierung des Bundes.
- 5.3.6 Die investiven Ausgaben für den Wohnungsbau erfahren in den nächsten Jahren eine deutliche Steigerung. Das Regionalprogramm wurde in 1977 zur Förderung von zusätzlich 30 000 Wohnungen aufgestockt. Außerdem werden im Rahmen eines mehrjährigen Programms zur Verringerung des Heizenergieverbrauchs private Investitionen bezuschußt; die Ansätze hierfür betragen beim Bund zwischen 200 Millionen und 600 Millionen DM jährlich.
- 5.3.7 Besondere Anstrengungen werden im Bereich der Wirtschaftsförderung einschließlich des Energiebereichs vorgenommen. Hierfür sieht der Bund in den nächsten vier Jahren Finanzierungshilfen von insgesamt über 8½ Mrd. DM vor. Gegenüber der alten Planung bedeutet dies eine Erhöhung der Aufwendungen um mehr als 37 v. H.
- 5.3.8 Die Landwirtschaft wird vorrangig über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gefördert. Für die Maßnahmen der Flurbereinigung, der Verbesserung der Marktstruktur und den vermehrten Ausbau der Förderung im ländlichen Siedlungsbereich betragen die Investitions-hilfen jährlich zwischen 1,3 Mrd. DM und 1,6 Mrd. DM.
- 5.3.9 Bei der Entwicklungshilfe fließt der weitaus überwiegende Teil der investiven Ausgaben im Rahmen der Bilateralen Zusammenarbeit als Kapitalhilfe oder über den Europäischen Entwicklungsfonds in das Ausland. Die Aufwendungen hierfür steigen von rd. 3,2 Mrd. DM in 1978 auf über 4,3 Mrd. DM in 1981. Für die deutsche Wirtschaft haben diese Mittel jedoch mittel- bis langfristig einen nicht unbedeutenden Einfluß auf das Nachfragevolumen, da ein Großteil dieser Ausgaben direkt oder über internationale Ausschreibungen Aufträge an die deutsche Investitionsgüterindustrie auslöst.

Zusammenstellungen

- 1: Gesamtübersicht
 - 2: Kreditfinanzierungsübersicht
 - 3: Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen
 - 4: Ausgabebedarf nach Ausgabearten
 - 5: Die Investitionsausgaben des Bundes
— aufgeteilt nach Ausgabearten —
 - 6: Die Sachinvestitionen für eigene Vorhaben des Bundes
— aufgeteilt nach Aufgabenbereichen —
 - 7: Die Finanzierungshilfen des Bundes für Investitionsvorhaben Dritter
— aufgeteilt nach Aufgabenbereichen —
- Anhang: Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1981

Zusammenstellung 1

Stand: 14. September 1977

Finanzplan 1977 bis 1981 Gesamtübersicht

	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Haush.- Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM ¹⁾ —				
I. Ausgaben					
1. Gesamtausgaben	171,31	188,64	200,0	212,0	225,0
2. Steigerungsraten in v. H.	6,0 ²⁾	10,1	6	6	6
II. Einnahmen					
1. Steuereinnahmen	145,40	156,50	168,5	181,5	195,5
2. Steuererleichterungen	3 ³⁾	— 3,01	— 3,7	— 4,0	— 4,5
3. Verwaltungseinnahmen ⁴⁾	4,76	7,34	7,9	8,4	9,0
4. Münzeinnahmen	0,45	0,35	0,4	0,4	0,4
5. Nettokreditaufnahme	20,69 ⁵⁾	27,46	26,9	25,7	24,6
6. Gesamteinnahmen	171,31	188,64	200,0	212,0	225,0

¹⁾ Differenzen durch Rundung²⁾ Gegenüber Ist-Ergebnis 1976 in Höhe von 161,67 Mrd. DM.³⁾ Voraussichtliche Steuermindereinnahmen 1977: 0,72 Mrd. DM.⁴⁾ Ab 1978 einschließlich Postablieferung.⁵⁾ Unter Berücksichtigung der Umsatzsteuerneuverteilung, der Steuerschätzung vom 22. bis 24. August 1977 und der Steuererleichterungen: voraussichtlich 22,4 Mrd. DM.

Nachrichtlich:

Eigene Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften (EG), soweit sie die Anlagen E zum Bundeshaushalt berühren

	1977	1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM —				
I. Eigene Einnahmen der EG	9,2	10,2	11,4	12,7	14,0
1. Zölle	3,9	4,0	4,3	4,6	4,9
2. Agrarabschöpfungen	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8
3. Anteil an der Umsatzsteuer	4,3	5,2	6,2	7,3	8,3
II. EG-Marktordnungsausgaben und Ausgaben der EG für Nahrungsmittelhilfen	3,3	4,3	4,2	4,4	4,4

Zusammenstellung 2
Stand: 14. September 1977

Kreditfinanzierungsübersicht

	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Haush.- Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM —				
I. Bruttokreditaufnahme					
1. Anschlußfinanzierung	14,71	17,12	23,2	24,7	27,4
2. neu	20,69	27,46	26,9	25,7	24,6
insgesamt ...	35,40	44,58	50,1	50,4	52,0
II. Tilgungen					
1. langfristige Kredite	4,28	4,36	6,8	11,4	16,9
2. kürzerfristige Kredite	10,43	12,76	16,4	13,3	10,5
III. Nettokreditaufnahme	20,69	27,46	26,9	25,7	24,6

Zusammenstellung 3

Stand: 14. September 1977

Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen

Die Abgrenzung und Gliederung der einzelnen Aufgabengebiete entspricht weitgehend, jedoch nicht in allen Einzelheiten, dem Funktionenplan zum Bundeshaushalt. Für die Zwecke des Finanzplans wurden die Aufgabenbereiche teils in anderer Zuordnung (z. B. wird die Deutsche Bundesbahn nicht den Wirtschaftsunternehmen, sondern dem Verkehrsbereich zugeordnet), teils in tieferer Aufgliederung (z. B. „Bundeshilfe für Berlin“) sowie in anderer Reihenfolge (z. B. trägt die Hauptfunktion „Soziale Sicherung“ im Funktionenplan die Ziffer 2) dargestellt, um das Zahlenmaterial zum Finanzplan aussagefähiger und transparenter zu machen.

Beim Vergleich der Ausgabenplafonds der Einzelpläne mit gleichlautenden Textziffern (Tz.) der Zusammenstellung 3 ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der in den Einzelplänen veranschlagten Mittel bei einer funktionalen Aufgliederung der Ausgaben anderen Aufgabenbereichen zuzuordnen ist.

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
1.01 Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung	23 398,7	27 088,6	28 650	30 595	32 570
Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten; Bundeszuschuß zur Deckung des Defizits der knappschaftlichen Rentenversicherung.					
1.02 Landwirtschaftliche Sozialpolitik	2 955,0	3 176,0	3 355	3 575	3 805
Altershilfe für Landwirte; Landabgaberente; Alterssicherung bei Landabgabe; Bundeszuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte; Freiwillige Leistungen des Bundes zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung; Zuschüsse zur Zusatzaltersversorgung von ehemaligen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern.					
1.03 Kindergeld	13 780,0	15 130,0	15 105	14 755	14 405
Die Kindergeldsätze betragen derzeit 50 DM für das erste, 70 DM für das zweite und 120 DM für jedes weitere Kind. Ab 1. Januar 1978 werden die Sätze für das zweite Kind um 10 und für jedes weitere Kind um 30 DM angehoben.					
1.04 Wohngeld	800,0	976,0	1 040	990	940
Das Wohngeld wird von den Ländern gezahlt; die Aufwendungen hierfür werden ihnen vom Bund zur Hälfte erstattet.					

noch Zusammenstellung 3

noch Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
1.05 Kriegsoferversorgung, Kriegsoferversorge	11 715,4	12 319,9	12 885	13 460	14 220
Kriegsoferrenten und sonstige Geldleistungen (z. B. Pflegezulage, Blindenzulage) auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) und der Gesetze, die das BVG für anwendbar erklären (z. B. Soldatenversorgungsgesetz, Häftlingshilfegesetz, Unterhaltsbeihilfegesetz).					
Kriegsoferversorge (Berufsfürsorge, Erziehungsbeihilfen, ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt, Erholungsfürsorge und sonstige Hilfen) sowie Heil- und Krankenbehandlung.					
1.06 Wiedergutmachung und Rückerstattung	1 188,6	1 148,5	1 150	1 150	1 140
Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts: Der Bund trägt 50 v. H. (in Berlin 60 v. H.) der von den Ländern zu leistenden Entschädigungsaufwendungen. Außerdem zahlt er Entschädigungen für Menschenversuchtsopfer und Nationalitätsgeschädigte und erbringt Leistungen zur Milderung von Härten.					
Rückerstattung: Gesetzliche Verpflichtung des Bundes zur Rückerstattung oder zum Schadenersatz für feststellbare Vermögensgegenstände, die Verfolgten des NS-Regimes während der Gewaltherrschaft entzogen worden sind.					
1.07 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	1 705,3	2 220,5	2 050	1 490	2 215
Zuschüsse und Liquiditätshilfen an die Bundesanstalt für Arbeit, originäre Arbeitslosenhilfe, Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin, berufliche Rehabilitation, Eingliederungsmaßnahmen für Spätaussiedler und ausländische Arbeitnehmer, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung.					
1.08 Sparprämien und Wohnungsbauprämien	4 720,0	2 670,0	2 350	2 400	2 400
Die Aufwendungen für die Sparprämien trägt der Bund, die Aufwendungen für die Wohnungsbauprämien tragen Bund und Länder je zur Hälfte.					

noch Zusammenstellung 3

noch **Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
1.09 Sonstige Maßnahmen im Sozialbereich	2 077,3	2 220,8	2 170	4 100	3 760
Förderung der Jugendhilfe und der Freien Wohlfahrtspflege, Maßnahmen für Behinderte und die ältere Generation, Zuschüsse zur gesetzlichen Unfallversicherung, Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Studenten, Mutterschutz, Lastenausgleich (Defizithaftung ab 1980), soziale Kriegsfolgelasten u. a. m.					
2.01 Verteidigung	33 025,5	35 146,1	36 645	38 195	39 455
Ausgaben für Personal; Unterhaltssicherung; Anlagen; Beschaffung; Materialerhaltung; Betriebskosten; Entwicklung, Erprobung und Wehrforschung; Bundeswehrverwaltung sowie Zivilpersonal bei den Kommandobehörden und Truppen.					
2.02 Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet und in Berlin	980,2	1 077,2	1 090	1 095	1 095
Verteidigungsfolgekosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet entstehen.					
Besatzungskosten und Auftragsausgaben sowie Besatzungsfolgekosten für die in Berlin stationierten ausländischen Streitkräfte.					
2.03 Zivile Verteidigung	547,4	614,6	610	580	595
Aufwendungen für die zivile Verteidigung auf der Grundlage der Zivilschutz- und Notstandsgesetze (Warn- und Alarmdienst, Katastrophenschutz, Schutzraumbau, Maßnahmen zur Sicherstellung der Wasser- und Energieversorgung sowie des Verkehrs- und Nachrichtenwesens u. a. m.).					
3.01 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	1 387,0	1 590,0	1 580	1 530	1 310
Vorplanung, Flurbereinigung, Einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung, Rationalisierungsmaßnahmen im Erzeugungsbereich, Verbesserung der Marktstruktur, wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen, Küstenschutz, EG-Bergbauernprogramm.					

noch Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
3.02 Sonstige Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft Gasölverbilligung, Verwaltungskosten der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung sowie Zuschüsse zu den Kosten der Bevorratung, Förderung der Hochsee- und Küstenfischerei, Fischereischutz, Abwicklung alter Verpflichtungen, u. a. des Rückvergütungsverfahrens des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds.	1 210,6	1 198,6	1 150	1 140	1 135
4.01 Regionale Förderungsmaßnahmen Insbesondere Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Frachthilfen, Förderungsmaßnahmen im Zonenrandgebiet, Sonderzuweisungen an das Saarland für Strukturmaßnahmen u. a. m.	553,1	651,4	575	525	495
4.02 Energiebereich Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Energieversorgung, Energieforschung, Rohölbevorratung, Kohlehilfe, Reaktorentwicklung und -sicherheit, Sicherung der Uranversorgung und sonstige Maßnahmen im Bereich der Kerntechnik.	2 166,0	2 659,3	2 230	2 140	2 060
4.03 Sonstige Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung Insbesondere Finanzhilfen zur Entwicklung und zum Bau moderner Zivilflugzeuge; Zuschüsse an Werften zur Förderung des Schiffsexports; Inanspruchnahme aus Bürgschaften, die der Bund für Ausfuhraufträge und für private Entwicklungshilfe der deutschen Wirtschaft übernommen hat; Sicherung der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen.	957,9	1 288,1	1 385	1 390	1 395
5.01 Bundesautobahnen und Bundesstraßen, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden Aus- und Neubau, Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen; Zuschüsse an fremde Baulastträger für den Ausbau von Ortsdurchfahrten und Zubringerstraßen; Kommunalen Straßenbau; Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs (Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen usw.) einschließlich der Deutschen Bundesbahn in Verdichtungsräumen; Betriebsbeihilfe zur Verbilligung von Gasöl im öffentlichen Personennahverkehr u. a. m.	8 413,2	9 040,3	9 600	9 865	9 925

noch Zusammenstellung 3

noch Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
5.02 Deutsche Bundesbahn	10 961,1	13 111,3	13 445	13 785	13 025
Zuweisungen an die Deutsche Bundesbahn einschließlich Zuschüsse zum Ausgleich betriebsfremder Lasten und strukturell bedingter überhöhter Versorgungslasten, Investitionszuschüsse zur Kapitalaufstockung und für Neubaustrecken, Kapitaldienst für Bundesbahnanleihen, Betriebsbeihilfe zur Verbilligung von Gasöl beim Betrieb schienengebundener Fahrzeuge.					
5.03 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 729,0	2 141,3	1 940	2 175	1 875
Aus-, Neubau und Unterhaltung der Wasserstraßen, Neubauhilfen für Handelsschiffe.					
5.04 Luftfahrt	601,5	587,5	695	715	715
Darlehen, Investitionszuschüsse und Beteiligungen an Flughafengesellschaften zur Förderung des Ausbaus von Flughäfen; Beteiligungen am Grundkapital der Deutschen Luft Hansa AG; Flugsicherung; Förderung des Luftreiseverkehrs mit Berlin.					
5.05 Sonstige Maßnahmen im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	1 075,1	1 090,8	1 120	1 025	1 005
Bundesanstalt für Straßenwesen; Kraftfahrtbundesamt; Wetterdienst; Deutsche Welle und Deutschlandfunk; Jahrespauschale an die DDR zur Abgeltung von Gebühren im Transitverkehr nach Berlin; Erstattungen im Reiseverkehr mit der DDR.					
6.01 Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen“	900,0	950,0	900	850	850
6.02 Ausbildungsförderung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	1 907,3	2 149,2	2 200	2 300	2 400
Ausbildungshilfen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (die Leistungen werden zu 65 v. H. vom Bund getragen); Studien-, Promotions- und Graduiertenförderung u. a. m.					

noch Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
6.03 Berufliche Bildung	332,9	467,2	465	350	260
Versuchs- und Modelleinrichtungen, Förderung überbetrieblicher beruflicher Ausbildungsstätten und Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten, Bundesinstitut für Berufsbildung.					
6.04 Sonstiges im Bereich des Bildungswesens, kulturelle Angelegenheiten	409,9	405,1	410	420	415
Insbesondere Versuchs- und Modelleinrichtungen sowie Forschung im Bereich des Bildungswesens; Maßnahmen auf dem Gebiet der Weiterbildung; Modellversuche im tertiären Bereich; Fernstudium; Studentenwohnraumförderung; politische Bildung; kulturelle Maßnahmen.					
6.05 Forschung außerhalb der Hochschulen	4 761,1	5 396,6	5 550	5 775	5 835
Kernforschung; Weltraumforschung; Datenverarbeitung; technologische Forschung und Entwicklung; Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Gesundheit, Bauwesen, Raum- und Städteplanung u. a. m.					
7.01 Gesundheitswesen, Sport und Erholung, Umweltschutz	1 383,3	1 611,5	1 635	1 775	1 370
Krankenhausfinanzierung, gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung, Maßnahmen gegen den Drogen- und Rauschmittelmisbrauch, Förderung überregionaler Einrichtungen der medizinischen Prävention und Rehabilitation, Beitrag zur Weltgesundheitsorganisation u. a. m.					
Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports, Bundesinstitut für Sportwissenschaft, Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten.					
Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf den Gebieten der Reinhaltung der Luft, der Lärmbekämpfung, der Wasser- und Abfallwirtschaft; Maßnahmen zur Rhein- und Bodenseesanierung; Umweltbundesamt.					

noch Zusammenstellung 3

noch **Ausgabebedarf nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
7.02 Innere Sicherheit, Rechtsschutz	1 294,2	1 454,5	1 545	1 670	1 775
Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt, Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder, Bundesverfassungsgericht, oberste Gerichtshöfe des Bundes.					
7.03 Wohnungsbau, Städtebau, Raumordnung	1 939,8	2 086,4	2 445	2 750	2 825
Sozialer Wohnungsbau, Aussiedlerwohnungsbau, Althausmodernisierung, Energieeinsparungsprogramm, Wohnungsfürsorge für Verwaltungsangehörige des Bundes einschließlich Bundeswehr u. a. m.					
Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus durch Studien und Untersuchungen.					
7.04 Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3 172,3	3 870,3	4 255	4 605	5 055
7.05 Sonstige Bereiche	29 256,8	33 097,6	39 780	44 825	54 680
<i>darunter:</i>					
<i>Bundeshilfe für Berlin</i>	<i>7 010,0</i>	<i>7 700,0</i>	<i>8 425</i>	<i>9 015</i>	<i>9 715</i>
<i>Schuldendienst (Oberfunktion 92)</i>	<i>9 162,4</i>	<i>10 490,4</i>	<i>13 005</i>	<i>14 890</i>	<i>17 380</i>
<i>Versorgung (Oberfunktion 93)</i>	<i>7 917,8</i>	<i>7 659,6</i>	<i>7 940</i>	<i>7 905</i>	<i>7 805</i>
<i>Globale Minderausgabe</i>	<i>- 2 500,0</i>	<i>- 2 000,0</i>	—	—	—

Zusammenstellung 4
Stand: 14. September 1977

Ausgabebedarf nach Ausgabearten

Ausgabearten	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM ¹⁾ —				
I. Laufende Rechnung					
1. Personalausgaben	27,74	28,84	30,7	32,7	34,4
11 Aktivitätsbezüge	21,29	20,09	23,4	25,0	26,3
12 Versorgung	6,45	6,75	7,3	7,6	8,0
2. Laufender Sachaufwand	24,27	26,67	27,6	28,3	29,0
21 Unterhaltung des unbeweglichen Vermö- gens	1,53	1,63	1,7	1,8	1,9
22 Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	12,44	13,90	14,3	14,6	14,8
23 Sonstiger laufender Sachaufwand	10,31	11,14	11,5	11,9	12,3
3. Zinsausgaben	8,82	10,10	12,6	14,4	16,9
31 An Sozialversicherung	0,24	0,11	0,1	0,0	—
32 An Sonstige	8,57	9,99	12,5	14,4	16,9
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	83,53	92,91	95,8	100,2	104,1
41 An Verwaltungen	17,10	18,11	19,1	19,6	20,5
Länder	14,67	15,73	16,6	17,4	18,1
Gemeinden	2,06	2,06	2,2	2,3	2,4
LAF	0,34	0,29	0,3	—	—
ERP	0,02	0,01	0,0	0,0	0,0
Zweckverbände	0,01	0,01	0,0	0,0	0,0
42 An andere Bereiche	66,43	74,80	76,7	80,5	83,6
an Unternehmen	8,71	10,17	9,6	9,7	9,7
an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	2,80	3,17	3,4	3,6	3,6
Renten, Unterstützungen u. ä.	23,30	24,75	25,2	27,0	28,5
Sozialversicherung	27,53	32,99	34,7	36,4	38,0
an private Institutionen ohne Erwerbs- charakter	0,51	0,60	0,6	0,6	0,5
an Ausland	3,58	3,13	3,1	3,2	3,3
Ausgaben der laufenden Rechnung	144,35	158,52	166,6	175,5	184,3

¹⁾ Differenzen durch Rundung

noch Zusammenstellung 4

noch Ausgabebedarf nach Ausgabearten

Ausgabearten	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM ¹⁾ —				
I. Kapitalrechnung					
1. Sachinvestitionen	7,18	7,85	8,6	8,8	8,7
11 Baumaßnahmen	5,65	6,27	6,9	7,1	7,0
12 Erwerb von beweglichen Sachen	0,89	0,93	1,0	1,0	1,0
13 Grunderwerb	0,64	0,66	0,6	0,7	0,7
2. Vermögensübertragungen	17,61	19,41	19,0	19,5	17,5
21 Zuweisungen und Zuschüsse für Investi- tionen	12,89	16,14	16,2	15,8	14,8
211 An Verwaltungen	7,88	8,59	8,8	8,7	7,8
Länder	7,45	8,12	8,3	8,2	7,3
Gemeinden	0,43	0,48	0,5	0,5	0,5
212 An andere Bereiche	5,01	7,54	7,4	7,1	7,0
Inland	4,55	6,27	6,1	5,9	5,7
Ausland	0,46	1,27	1,3	1,2	1,3
22 Sonstige Vermögensübertragungen	4,71	3,28	2,8	3,7	2,7
221 An Verwaltungen (Länder)	0,19	0,27	0,3	0,3	0,3
222 An andere Bereiche	4,52	3,01	2,5	3,4	2,4
Unternehmen — Inland —	0,49	1,02	0,9	1,2	0,4
Sonstige — Inland —	4,03	1,99	1,6	2,2	2,1
Ausland	—	—	—	—	—
3. Darlehensgewährung, Erwerb von Beteili- gungen	4,67	4,55	5,1	5,7	6,0
31 Darlehensgewährung	4,33	3,96	4,1	4,6	4,9
311 An Verwaltungen	1,35	1,52	1,6	1,8	1,9
Länder	1,33	1,50	1,6	1,8	1,8
Gemeinden	0,03	0,02	0,0	0,0	0,0
312 An andere Bereiche	2,98	2,43	2,5	2,8	3,1
Sozialversicherung	0,35	—	—	—	—
Sonstige — Inland —	1,06	0,78	0,8	0,8	0,8
Ausland	1,57	1,65	1,7	2,0	2,2
32 Erwerb von Beteiligungen, Kapitalein- lagen	0,33	0,59	1,0	1,0	1,0
Inland	0,21	0,26	0,4	0,4	0,3
Ausland	0,13	0,34	0,6	0,7	0,8
4. Inanspruchnahme aus Gewährleistungen ...	—	0,30	0,4	0,4	0,5
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29,45	32,12	33,0	34,3	32,7
III. Globalansätze	— 2,50	— 2,00	0,4	2,1	0,8
IV. Ausgaben zusammen	171,31	188,64	200,0	212,0	225,0

¹⁾ Differenzen durch Rundung

Zusammenstellung 5
Stand: 14. September 1977

Die Investitionsausgaben des Bundes ¹⁾ ²⁾

— aufgeteilt nach Ausgabearten —

Kenn- zif- fer	Ausgabearten	— Finanzplan —									
		Soll 1977		Entwurf 1978		1979		1980		1981	
		Mrd. DM	v. H.	Mrd. DM	v. H.	Mrd. DM	v. H.	Mrd. DM	v. H.	Mrd. DM	v. H.
	1. Sachinvestitionen										
	davon:										
7	— Baumaßnahmen ..	5,65	78,7	6,27	79,9	6,9	80	7,1	81	7,0	81
	davon:										
	— Hochbau	(0,73)	(10,2)	(0,87)	(11,1)	(1,0)	(12)	(1,1)	(13)	(1,1)	(13)
	— Tiefbau	(4,92)	(68,5)	(5,40)	(68,8)	(5,9)	(69)	(6,0)	(68)	(6,0)	(69)
81	— Erwerb von be- weglichen Sachen	0,89	12,4	0,93	11,8	1,0	12	1,0	11	1,0	11
82	— Erwerb von unbe- weglichen Sachen	0,64	8,9	0,66	8,4	0,6	7	0,7	8	0,7	8
	Summe 1	7,18	100	7,85	100	8,6	100	8,8	100	8,7	100
	2. Finanzierungshilfen										
	2.1. Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich										
	davon:										
85	— Darlehen	1,70	17,7	1,52	15,0	1,6	15	1,8	17	1,9	20
88	— Zuweisungen	7,88	82,2	8,59	84,9	8,8	85	8,7	83	7,8	80
	Summe 2.1	9,59	100	10,12	100	10,4	100	10,5	100	9,7	100
	2.2. Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche										
	davon:										
86	— Darlehen	2,63	33,0	2,43	22,4	2,5	22	2,8	25	3,1	27
89	— Zuschüsse	5,01	62,9	7,54	69,4	7,4	66	7,1	62	7,0	60
83	— Beteiligungen ..	0,33	4,1	0,59	5,4	1,0	9	1,1	10	1,0	9
87	— Inanspruchnahme aus Gewährlei- stungen	0,00	—	0,30	2,8	0,4	4	0,4	4	0,5	4
	Summe 2.2	7,97	100	10,87	100	11,2	100	11,4	100	11,6	100
	Summe 2	17,56	—	20,99	—	21,7	—	21,9	—	21,3	—
	Summe 1 und 2	24,74	—	28,84	—	30,2	—	30,7	—	30,0	—

¹⁾ Erfßt sind Ausgaben aufgrund des Programms für Zukunftsinvestitionen in Höhe von

	1977	1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM —				
insgesamt	0,53	2,01	2,3	2,3	0,7
davon					
— Sachinvestitionen	0,08	0,41	0,7	0,7	0,5
— Finanzierungshilfen	0,45	1,59	1,6	1,6	0,2

Nicht erfßt sind Ausgaben für militärische Beschaffungen, Materialerhaltung, Wehrforschung und -entwicklung sowie militärische Anlagen (Obergruppe 55), die überwiegend im Bereich der Investitionsgüterindustrie (einschließlich Baugewerbe) anfallen. Sie betragen

	1977	1978	1979	1980	1981
	— in Mrd. DM —				
	12,44	13,90	14,3	14,6	14,8

²⁾ Differenzen durch Rundung.

Zusammenstellung 6

Stand: 14. September 1977

Die Sachinvestitionen für eigene Vorhaben des Bundes ¹⁾

— aufgeteilt nach Aufgabenbereichen in Anlehnung an Zusammenstellung 3 —

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
Verteidigung, einschließlich Verteidigungslasten und zivile Verteidigung ..	633,5	652,8	650	640	645
Wirtschaftsförderung einschließlich Energiebereich	281,2	282,6	400	305	295
darunter:					
— Energiebereich	248,4	223,0	330	250	270
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 692,5	6 149,1	6 660	6 825	6 700
darunter:					
— Bundesautobahnen und Bundesstraßen	4 873,3	5 356,6	5 770	5 910	5 865
— Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627,7	624,9	680	710	665
— Luftfahrt	108,8	87,7	115	135	135
Bildung, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten	118,4	154,9	205	245	220
darunter:					
— Forschung außerhalb der Hochschulen	116,8	153,8	205	245	215
Innere Sicherheit und Rechtsschutz ...	190,6	253,0	250	300	325
Sonstige Bereiche	264,8	360,8	400	475	545

¹⁾ Zur Abgrenzung vgl. Fußnote 1 der Zusammenstellung 5.

Zusammenstellung 7
Stand: 14. September 1977

Die Finanzierungshilfen des Bundes für Investitionsvorhaben Dritter ¹⁾

— aufgeteilt nach Aufgabenbereichen in Anlehnung an Zusammenstellung 3 —

Aufgabenbereiche	— Finanzplan —				
	Soll 1977	Entwurf 1978	1979	1980	1981
	— in Millionen DM —				
Soziale Sicherung usw.	1 610,1	1 147,5	1 195	1 175	1 155
<i>darunter:</i>					
— Wohnungsbauprämien	970,0	970,0	1 050	1 000	1 000
— Arbeitsmarktpolitik und Arbeits- schutz	583,5 ²⁾	99,6	90	90	80
Verteidigung einschließlich Verteidi- gungslasten und Zivile Verteidigung ..	267,1	301,1	305	250	250
Landwirtschaft	1 414,5	1 608,1	1 600	1 540	1 320
Wirtschaftsförderung einschließlich Energiebereich	1 590,3	2 168,2	2 190	2 145	2 045
<i>darunter:</i>					
— Regionale Förderungsmaßnahmen ..	467,6	578,3	510	465	435
— Energiebereich	825,1	942,7	1 015	1 060	915
Verkehrs- und Nachrichtenwesen (ein- schließlich Verkehrsunternehmen)	5 220,5	6 037,0	6 155	6 505	6 365
<i>darunter:</i>					
— Verbesserung der Verkehrsverhält- nisse in den Gemeinden, Bundes- autobahnen und Bundesstraßen (Ortsdurchfahrten und Zubringer- straßen)	2 334,6	2 412,3	2 495	2 610	2 700
— Deutsche Bundesbahn	2 176,8	2 496,0	2 715	2 830	2 880
— Wasserstraßen und Häfen, Förde- rung der Schifffahrt	298,7	705,5	440	635	340
— Luftfahrt	108,9	114,7	190	190	190
Bildung, Wissenschaft, Forschung, kul- turelle Angelegenheiten	2 398,3	3 032,0	2 940	2 740	2 525
<i>darunter:</i>					
— Hochschulbau	900,0	950,0	900	850	850
— Forschung außerhalb der Hochschu- len	691,0	1 102,1	1 050	1 000	860
Gesundheit, Sport und Erholung, Um- weltschutz	990,8	1 101,5	1 125	1 125	895
Wohnungsbau, Städtebau	1 573,8	1 567,4	1 825	1 975	1 955
Entwicklungshilfe	2 014,8	3 177,6	3 565	3 895	4 325
Sonstige Bereiche	477,7	845,3	755	545	420

¹⁾ Zur Abgrenzung vgl. Fußnote 1 der Zusammenstellung 5.

²⁾ Darunter Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 350 Millionen DM.

Anhang

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik bis zum Jahre 1981

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung konzentriert sich nach wie vor auf die Überwindung der Probleme, die sich im Zusammenhang mit auch weltweit veränderten Rahmenbedingungen in den zurückliegenden Jahren ergeben haben. Die Bundesregierung hat schon früh darauf aufmerksam gemacht, daß dabei insbesondere im Hinblick auf das Beschäftigungsproblem kurzfristig Lösungen nicht erwartet werden dürfen. Aufgrund der eingetretenen Entwicklungen auf den verschiedensten Gebieten erweist sich das vorrangige Ziel, die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand, als eine Aufgabe, die nur auf mittlere Sicht zu bewältigen ist. Dies gilt um so mehr, als in den kommenden Jahren geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben hineinwachsen.

Zur gleichen Zeit muß die Wirtschaftspolitik einen Rückfall in die inzwischen weitgehend überwundene Inflationsmentalität der frühen 70er Jahre vermeiden, weil dadurch die Problemlösung im Beschäftigungsbereich auf Dauer unmöglich gemacht würde. Deshalb sind in den nächsten Jahren auch weitere Stabilisierungsfortschritte notwendig.

Der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs einer Stützung der Gesamtnachfrage und die Förderung der privaten Investitionen durch Maßnahmen auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite, der eine zeitliche Streckung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bedeutet, darf insofern nicht mißverstanden werden. Die Finanzpolitik hält sich in einem stabilitätsgerechten Rahmen und stützt auf der anderen Seite die zögernde konjunkturelle Erholung ab.

In Anbetracht der Ausgangslage und unter Berücksichtigung der eingeleiteten Maßnahmen strebt die Bundesregierung mittelfristig folgende gesamtwirtschaftliche Entwicklung an:

- Ein reales Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der Jahre 1981/76 von rd. 4½ v. H.
- Eine Begrenzung des gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs auf jahresdurchschnittlich unter 3½ v. H., bei einem unter dem Durchschnitt liegenden Anstieg der Verbraucherpreise.
- Bei dem angestrebten realen Wachstum eine Senkung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote im Endjahr 1981 auf möglichst unter 3 v. H. der abhängigen Erwerbspersonen.
- Für den Außenbeitrag wird von einer Größenordnung in jeweiligen Preisen ausgegangen, der im Endjahr 1981 etwa 1½ v. H. bis 2 v. H. des nominalen Bruttosozialprodukts ausmacht.

Unter den genannten Annahmen für reales Wachstum und Preisentwicklung würde das nominale Bruttosozialprodukt mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von rd. 8 v. H. 1981/76 zunehmen.

Die angestrebte Entwicklung impliziert ein überdurchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen. Der Staatsverbrauch könnte etwa parallel mit dem Bruttosozialprodukt zunehmen, und ähnliches gilt mit gewissen Abstrichen für den Privaten Verbrauch. Im Außenhandel würden sich die Wachstumsrelationen etwas zugunsten der Einfuhren verschieben.

Erwerbstätige und Produktivität
1971—1976—1981

Jahr	Erwerbs- tätige	Beschäf- tigte Arbeit- nehmer	Arbeits- zeit	Produktivität		Bruttosozialprodukt		
				je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	in Preisen von 1970	je jeweiligen Preisen	Deflatio- nierungs- faktor
	in 1 000					Mrd. DM		
1971	26 725	22 414	.	.	.	701,7	756,0	.
1976	25 088	21 288	.	.	.	789,1	1 124,9	.
1981	25 456	21 995	.	.	.	978,5	1 645,2	.
Veränderungen insgesamt in v. H.								
1976/71	-6,1	-5,0	-2,9	19,8	23,3	12,5	48,8	32,3
1981/76	1,5	3,3	-3,0	22,2	26,0	24,0	46,3	17,9
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in v. H.								
1976/71	-1,3	-1,0	-0,6	3,7	4,3	2,4	8,3	5,8
1981/76	0,3	0,7	-0,6	4,1	4,7	4,4	7,9	3,4

Verwendung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Brutto- sozial- produkt	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Bruttoinvestitionen			Außen- beitrag
				insgesamt	Anlagen	Vorrats- verände- rung	
— in Mrd. DM —							
1971	756,0	407,8	129,2	203,4	199,6	3,8	15,5
1976	1 124,9	621,9	228,6	246,3	232,9	13,4	28,1
1981	1 645,2	900,5	338,2	376,5	356,5	20,0	30,0
Anteile am Bruttosozialprodukt in v. H.							
1971	100	53,9	17,1	26,9	26,4	0,5	2,1
1976	100	55,3	20,3	21,9	20,7	1,2	2,5
1981	100	54,7	20,6	22,9	21,7	1,2	1,8
Veränderungen insgesamt in v. H.							
1976/71	48,8	52,5	76,9	21,1	16,7	.	.
1981/76	46,3	44,8	47,9	52,9	53,1	.	.
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in v. H.							
1976/71	8,3	8,8	12,1	3,9	3,1	.	.
1981/76	7,9	7,7	8,1	8,9	8,9	.	.

